



# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

19. Wahlperiode - 13. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. März 2018, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

i. V. von Wolf Rüdiger Fehrs

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Lars Harms (SSW)

i. V. von Jette Waldinger-Thiering

**Fehlende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden</b>	<b>5</b>
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/275 (neu)	
	<b>b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes</b>	<b>5</b>
	Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/276	
<b>2.</b>	<b>Auswertung der Reise des Europaausschusses nach Brüssel</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017</b>	<b>7</b>
	Drucksache 19/423	
<b>4.</b>	<b>Umsetzung der Resolution der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg</b>	<b>8</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/504	
	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Umdruck 19/721	

<b>5.</b>	<b>Prüfung der Wahrung der Subsidiarität:</b>	<b>9</b>
	<b>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/825 zur Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und zur Anpassung seines übergeordneten Ziels; COM(2017) 825 final;</b>	<b>9</b>
	<b>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates in Bezug auf die Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten; COM(2017) 826 final;</b>	<b>9</b>
	<b>Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU; COM(2018) 51 final</b>	<b>9</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/700	
<b>6.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. a) Bestimmungen zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachmelden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/275](#) (neu)

(überwiesen am 17. November 2017)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/276](#)

(überwiesen am 17. November 2017 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/394](#), [19/525](#), [19/538](#), [19/548](#), [19/564](#), [19/568](#),  
[19/570](#), [19/584](#), [19/585](#), [19/586](#), [19/589](#), [19/607](#),  
[19/617](#)

Abg. Harms regt an, dass die Landesregierung in einer Stellungnahme darlegen solle, was aus ihrer Sicht anmeldefähig sei. Danach könne man im Ausschuss die Beratung fortsetzen.

Abg. Poersch schließt sich dem Vorschlag an und ergänzt ihn dahin gehend, auch Hinweise des Minderheitenbeauftragten und der obersten Landesbehörden dazu zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Holowaty thematisiert Aspekte der Konnexität.

Der Ausschuss kommt überein, seine Beratungen bis zum Vorliegen der Stellungnahmen zurückzustellen.

## **2. Auswertung der Reise des Europaausschusses nach Brüssel**

Der Vorsitzende lobt die in der vergangenen Woche beendete Reise des Europaausschusses nach Brüssel als sehr informativ. Man habe sehr gute Gespräche mit sehr interessanten Gesprächspartnern führen können. Sein Dank gelte der Landtagsverwaltung und dem Hanse-Office für die Vorbereitung.

Abg. Poersch äußert sich positiv dazu, dass man sich auf wenige Themen fokussiert habe. Sie regt an, sich in einer der nächsten Sitzungen mit dem ITI Westküste im Ausschuss zu beschäftigen.

Abg. Andresen bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, bei der nächsten Reise nach Brüssel etwas mehr Zeit für ein Gespräch mit den Referentinnen und Referenten des Hanse-Office zur Verfügung zu haben.

Abg. Holowaty spricht die erheblichen Kürzungen an, die im Rahmen des neuen Finanzplans zu erwarten seien. Eine neue Verteilung der Mittel könne aus seiner Sicht zu Problemen führen. Er regt an, bei einem Gespräch über die ITI Westküste nicht nur das Wirtschaftsministerium, sondern auch das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration einzuladen, um Probleme der Kommunen bei der Antragstellung zu thematisieren. Er hebt die Bedeutung gemeinsamer Politik für das Erreichen von Zielen hervor, besonders im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Auch Abg. Hamerich, Abg. Heinemann und Abg. Schnurrbusch äußern sich positiv über den Verlauf der Reise und die währenddessen geführten Gespräche.

Der Ausschuss kommt überein, sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit den ITI Westküste und auch mit dem Thema Strukturfonds zu befassen.

**3. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2015 bis 2017**

[Drucksache 19/423](#)

(überwiesen am 22. Februar 2018 an den **Sozialausschuss** und an alle übrigen Landtagsausschüsse)

Der Ausschuss kommt überein, den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Uli Hase, in eine seiner nächsten Sitzungen einzuladen, um die europapolitischen Aspekte seines Berichts zu erörtern. Gegebenenfalls könne auch der Europäische Beauftragte für Menschen mit Behinderung angesprochen werden.

**4. Umsetzung der Resolution der 26. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2017 in Hamburg**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/504](#)

(überwiesen am 23. Februar 2018)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/721](#)

- Verfahrensfragen

Einstimmig nimmt der Ausschuss den Änderungsantrag, [Umdruck 19/721](#), an. Ebenfalls einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den so geänderten Antrag, [Drucksache 19/504](#), zur Annahme.



## 5. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität:

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/825 zur Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen und zur Anpassung seines übergeordneten Ziels; COM(2017) 825 final;**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates in Bezug auf die Unterstützung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten; COM(2017) 826 final;**

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bewertung von Gesundheitstechnologien und zur Änderung der Richtlinie 2011/24/EU; COM(2018) 51 final**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Umdruck 19/700](#)

hierzu: [Frühwarndokument 19/1](#)

Abg. Poersch verweist auf die noch nicht zu allen Vorschlägen des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments vorliegenden Vorblätter zum Zeitpunkt der Stellung ihres Antrags.

Herr Herbst, Leiter der Stabsstelle für Verbindungs- und politische Koordinierungsangelegenheiten in der Staatskanzlei, legt dar, dass mittlerweile alle Vorblätter vorhanden seien. Er führt aus, dass die Landesregierung keine Subsidiaritätsbedenken formeller Art habe, es sich jedoch um subsidiaritätspolitisch interessante Fragestellungen handele, da der Vorschlag im Raum stehe, Mittel aus der leistungsgebundenen Reserve zu nutzen, um Reformbemühungen einzelner Mitgliedstaaten zu honorieren. Der Ausschuss der Regionen habe sich dazu kritisch geäußert und angekündigt, Subsidiaritätsklage einzureichen, falls Rat und Parlament an den Plänen festhalten sollten. Herr Herbst verweist auf die zunächst geplante Pilotphase, die es angebracht erscheinen lasse, sich frühzeitig mit dem Thema zu befassen.

Abg. Poersch regt an, das Thema weiterhin im Auge zu behalten, und plädiert dafür, zukünftig wieder den Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Ausschuss der Regionen“ als regelmäßigen Punkt auf die Tagesordnung des Europausschusses zu nehmen. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

## 6. Verschiedenes

Der Vorsitzende spricht den geplanten Besuch des ungarischen Botschafters am 8. März 2018 an.

Abg. Poersch bittet darum, den Antrag „Für ein solidarisches Europa!“ und den dazugehörigen Alternativantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Der Vorsitzende weist auf die gemeinsam mit der Europaunion für den 13. März 2018 geplante Veranstaltung zum Thema Windenergie in Husum hin.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer